

Wie braun ist die Arbeitswelt?

Posted on 8. Juli 2023 by Thomas Gesterkamp



Das Erstarren der AfD stellt die Gewerkschaften auch in der Arbeitswelt vor neue Herausforderungen. Bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim sitzt das [“Zentrum Automobil”](#) mit sieben Mitgliedern im Betriebsrat. Die in Opposition zur IG Metall-Liste angetretene Interessenvertretung wird von populistischen Kräften unterstützt, die der AfD nahestehen. Das *Zentrum* prangert die angebliche Verteufelung des Autos an, wendet sich gegen eine ökologisch orientierte Verkehrswende und verteidigt mit nationalistischen Untertönen den eigenen „Standort“. Lukas Hezel vom DGB-Bildungswerk Baden-Württemberg empfiehlt als Gegenmittel eine langfristig angelegte Strategie. Reine Sachaufklärung allein reiche nicht, wenn man für rechte Ideologien anfällige Beschäftigte überzeugen wolle. Zu einem Umdenken beitragen würden vor allem „praktische Erfahrungen von Solidarität“ – etwa während eines Arbeitskampfes.

Die Aussagen des Gewerkschafters werden bestätigt durch die empirische Forschung. “Beteiligungsprozesse verbunden mit politischem Lernen bieten am ehesten einen Zugang”, berichtet Andre Schmitt von seinen Befragungen im ostdeutschen Niedriglohnsektor. Der Soziologe gehört zu einem wissenschaftlichen Team am Else-Frenkel-Brunswik-Institut der Universität Leipzig. Schon seit zwei Jahrzehnten misst man dort den Grad der Unterstützung für die Demokratie, aber auch die quantitative Verbreitung von Ressentiments wie Chauvinismus oder Ausländerfeindlichkeit. Bekannt wurde das 2002 gestartete Langzeitprojekt als “Mitte“-Studien, seit 2018 trägt es den Namen Leipziger Autoritarismus Studien.

Im Zweijahresrhythmus erscheinen neue repräsentativ erhobene Daten. In einer Teilbefragung der jüngsten Ausgabe hat Schmidt zusammen mit seinen Kolleg:innen Johannes Kiess und und Sophie Bose frühere Erkenntnisse zum Bewusstsein von Arbeiterinnen und Arbeitern aktualisiert. Finanzielle und logistische Hilfe erhält die Forschung von der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner-Stiftung und von der grünen Heinrich-Böll-Stiftung. „Mit der Unterstützung der Studie hoffen wir, zu einer informierteren Diskussion und einer die Demokratie stärkenden gesellschaftspolitischen Debatte beizutragen“, heißt es im gemeinsamen Vorwort. Gerade für die Bildungsinhalte im gewerkschaftlichen Umfeld, betonen die Verfasser:innen, seien die in der Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse wichtig.

Leipziger Autoritarismus Studien: Ökonomie wichtiger als Kultur

In den Sozialwissenschaften wird seit einigen Jahren über eine Verschiebung gesellschaftlicher Konfliktlinien diskutiert. Danach haben kulturelle Differenzen an Bedeutung gewonnen und überlagern zumindest in akademischen Kreisen sozioökonomische Unterschiede. Teile der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der unteren Mittelschicht nehmen dieser Lesart zufolge Gegenpositionen zu den Prioritäten (neo-)liberaler und weltoffener Eliten ein, vor allem bei strittigen Fragen wie Gender oder Migration. Der lebensweltliche Kontrast zwischen bodenständigen „Somewheres“ und kosmopolitisch orientierten „Anywheres“, wie sie der britische Autor David Goodhart treffend charakterisiert hat, führe zu populistischen oder gar rechtsextremen Haltungen in abgehängten proletarischen Milieus.

Die Auswertungen der Leipziger Forschungsgruppe zeigen, dass abhängig Beschäftigte vorrangig ökonomische Interessengegensätze als „maßgebliche gesellschaftliche Widersprüche“ wahrnehmen. Konflikte, die sich auf Religion, unterschiedliche Herkunft oder Geschlecht zurückführen lassen, werden dagegen als „weitaus weniger prägend für unser Zusammenleben angesehen“. Kategorien wie soziale Schicht oder Klasse, fordern deshalb die Verfasser:innen der Studie, müssten ein zentraler wissenschaftlicher Ansatzpunkt bleiben. Doch dieser Aspekt, bedauert Mitautor Andre Schmidt, sei in der Forschung zu Autoritarismus und Rechtsextremismus noch „unterbelichtet“.

Heimatloses Unbehagen

Bereits 1950 entwickelte Thomas H. Marshall sein Konzept von „Industrial Citizenship“. Mit diesem Begriff umschrieb der Londoner Soziologe gelungene Formen betrieblicher Beteiligung durch die Garantie von Mitbestimmungsrechten. Echte Partizipation in Arbeitsbeziehungen reduziere rechtsextreme Einstellungen,

mindere die Abwertung anderer und stärke die Demokratie. Das deckt sich mit den Ergebnissen aktueller Forschungen, denen zufolge der Verlust von Handlungsfähigkeit die Übernahme rechtsextremer Weltbilder begünstigt. Sophie Bose konstatiert in der Leipziger Untersuchung eine weiterhin ausgeprägte Konfliktwahrnehmung im Arbeitermilieu, beschrieben mit keineswegs überholten Gegensatzpaaren wie „oben-unten“ oder „arm-reich“. Gleichzeitige Ohnmachtserfahrungen führten jedoch zu „starker politischer Deprivation“ und erhöhten die Anfälligkeit für autoritäre Deutungsmuster.



[VSA Verlag](#) 2013

Das „Unbehagen am Kapitalismus“ sei heimat- und orientierungslos geworden, analysiert der Jenaer Soziologe Klaus Dörre. Besonders den Osten Deutschlands betrachtet die Wissenschaft als „demobilisierte Klassengesellschaft“. Kiess, Schmidt und Bose beziehen sich in ihrer Studie vor allem auf Beispiele aus der früheren DDR, einer Region mit nach wie vor geringer Tarifbindung, niedrigem gewerkschaftlichem Organisationsgrad und einer kaum entwickelten Zivilgesellschaft. Sie verweisen auf eine gespaltene Wahrnehmung der Befragten: So gebe es Beschäftigte, die sich im Betrieb an Streiks beteiligen, „danach aber zur AfD-Demo gehen“. Arbeitsplatz und Gesellschaft würden nicht verknüpft, die Sphären blieben gedanklich strikt getrennt.

Bündnisse gegen Rechts

In westdeutschen Großbetrieben ist die Konstellation oft ganz anders. Bei Volkswagen im niedersächsischen

Salzgitter zum Beispiel, berichtet Jessica Knierim von der Vertrauenskörperleitung, sei die IG Metall ein echter Machtfaktor. Die Gewerkschaft positioniert sich auch jenseits der Werkstore, ist beteiligt an einem breiten kommunalen Bündnis gegen Rechts und wird dabei sogar von der Firmenleitung unterstützt. So hat sich ein starkes Gegengewicht zu den (auch hier durchaus vorhandenen) populistischen und antidemokratischen Ansichten in der 7000-köpfigen Belegschaft entwickelt.

Von den gewerkschaftlich angeregten und mitgetragenen Aktionen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit können auf eine lange Tradition zurückblicken. Schon in den 1980er Jahren entstand in der alten Bundesrepublik nach französischem Vorbild die sehr erfolgreiche Kampagne "Mach' meinen Kumpel nicht an!" In Ostdeutschland hingegen, und hier vor allem in Sachsen, stehen die Gewerkschaften heute nach Ansicht des Leipziger Wissenschaftsteams in „direkter Konkurrenz zu rechten Bewegungen“. Gerade im ländlichen Raum fehlt der zivilgesellschaftliche Faktor, andere Parteien als die AfD sind dort kaum präsent. Die Politik, glaubt Sozialforscherin Bose, müsse bei betrieblichen Auseinandersetzungen mehr Gesicht zeigen, bei Arbeitskämpfen vor Ort präsent sein und persönliche Unterstützung anbieten. Die Gewerkschaften könnten das Problem rechtsextremer Einstellungen aber nicht alleine lösen. Nur gemeinsame Aktionen aller demokratischen Kräfte hätten die Chance, autoritäres und fremdenfeindliches Gedankengut zurückzudrängen.

Die Studie

Johannes Kiess, Andre Schmidt, Sophie Bose: *Konfliktwahrnehmungsmuster der abhängig Beschäftigten in Deutschland*. In: Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller, Elmar Brähler (Hg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen*, Seite 271-305. Psychosozial-Verlag, Gießen 2022, 29,90 Euro. [PDF-Download auf der Webseite der Otto-Brenner-Stiftung](#).

Unter dem Titel „[Leipziger Autoritarismus Studie: Mitbestimmung stärkt die Demokratie](#)“ erschien der Beitrag zuerst in dem Debattenmagazin [Gegenblende](#).

- [E-Mail](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein ...

Abonnieren